

Entspannungspakete für die RAF

Fernab vom öffentlichen Theaterdonner ist im Staatsschutzapparat der Kampf zweier Linien um die richtige Strategie im Umgang mit den RAF-Gefangenen voll entbrannt. Die „Politfraktion“ bemüht sich, Entspannungspakete zu schnüren, während die „Betonfraktion“ weiterhin auf Repression setzt. Die Kräfteverhältnisse haben sich zugunsten der „weichen Linie“ verschoben. TAZ 12.8.91

VON GERD ROSENKRANZ UND WOLFGANG GAST

Gäste in der Karlsruher Herrenstraße 45a werden in diesen Tagen mitunter Zeugen einer überraschenden Szenerie. Praktisch unter den Augen der Öffentlichkeit streiten sich dort führende Beamte der obersten Anklagebehörde der Republik über die künftige Strategie im Kampf gegen das „Phänomen RAF“. Was Ausdruck einer neuen Offenheit oder gar demokratischen Kultur hinter den Stahlgittern der festungsartig abgeschirmten Bundesanwaltschaft sein könnte, ist in Wirklichkeit Resultat einer tiefen Verunsicherung und Ratlosigkeit.

Immerhin, der fast schon traditionelle „Kampf zweier Linien“, der innerhalb des bundesdeutschen Staatsschutzapparates seit Jahren regelmäßig ausgefochten wird, wenn es um die RAF, um die RAF-Gefangenen oder die RAF-Aussteiger geht, dieser Kampf geht weiter. Und er hat jene Behörde erreicht, die unter Kurt Rebmann, dem Vorgänger des gegenwärtigen Amtschefs Alexander von Stahl, gemeinhin als unumstrittenes Terrain der Betonfraktion innerhalb des Staatsschutzes galt. Mehr noch, der seit 20 Jahren andauernde Versuch, den RAF-Kommandos draußen oder den Gefangenen drinnen mit politischen Scheuklappen, dem Ausbau des Fahndungsapparats, Anti-Terrorismusgesetzen, Isolation und beinhardt Auslegung des geltenden Rechts beizukommen, ist gescheitert, und diese bittere Erkenntnis erhöht offenbar allmählich das Denkvermögen. Über die Vorschläge der „Politfraktion“ im Apparat wird nicht mehr nur geschimpft, sondern auch nachgedacht. Mit Wolfgang Pfaff sitzt ein Bundesanwalt in der Karlsruher Behörde, der seit Jahren beharrlich versucht, die Fronten aufzuweichen und Gedankengut, wie es am offensivsten der Hamburger Verfassungsschutzchef Lochte vertritt, auch in Karlsruhe zu etablieren.

Unter den Verfassungsschützern hat sich schon vor Jahren, spätestens seit dem Hungerstreik der Gefangenen 1989, die Linie durchgesetzt, daß nur ein Gesamtkonzept, das die verschiedenen Ebenen der RAF als politischen Zusammenhang ernst nimmt, letztlich das Ende des bewaffneten Kampfes herbeiführen kann. Das galt und gilt nicht nur für die Hamburger Nordlichter, sondern auch für das Bundesamt für Verfassungsschutz unter seinem früheren Chef Gerhard Boeden und — weniger dezidiert — auch unter seinem blauen Nachfolger Eckart Werthebach. Nur: Der Verfassungsschutz ist nicht nur die „politischste“ der Staatsschutzbehörden, er ist für die RAF und die Gefangenen naturgemäß auch der schlechteste Gesprächs- oder Verhandlungspartner. Die Gefangene Eva Hauke hat sich erst kürzlich heftig beklagt, gegenwärtig werde wieder alles „auf die Ebene von Polizei und Geheimdienst“ gezerrt. Damit sei die „Politik abgeschafft“ und „jede sinnvolle Auseinandersetzung blockiert“. Christian Lochte hat es im taz-Inter-

view (25. Juli 1991) wiederholt. Der Verfassungsschutz habe letztlich „keine Entscheidungsbefugnis“, die „staatliche Entscheidungsebene“ sei gefragt. Die aber kneift noch.

Der Mord an Treuhänd-Chief Detlev Karsten Rohwedder hat den alten Staatsschutzkonflikt über die richtige Strategie im Kampf gegen die RAF weiter angeheizt. Christian Lochte zum Beispiel rauft sich die Haare über fast alles, was seither von Seiten der staatlichen Akteure gelaufen ist. Er tut es öffentlich, und nur das unterscheidet ihn von seinen Kölner Kollegen, von Bundesanwalt Pfaff, von einigen hohen Beamten des Bundeskriminalamts (die angesichts der Fortsetzung der alten Linie stets auf „die Oben“ verweisen und insbesondere, Hans-Ludwig Zacher, den Technokraten an der Spitze, meinen) und nicht zuletzt von einigen nicht unwichtigen Spitzenpolitikern.

Das Sündenregister des Strafverfolgungsapparats

Was läuft nach Überzeugung des „politischen“ Blocks innerhalb des Apparats falsch? Was soll anders werden? Am Pranger steht insbesondere die Bundesanwaltschaft. Im Umgang mit den spät heimgekehrten Kronzeugen aus der DDR hat sie, so heißt es, einen selten blöden Eierdanz aufgeführt. Der anfängliche Versuch, an den Kronzeugen den „milden Staat“ zu demonstrieren und so die Gefangenen und die Szene zu verunsichern, wurde rasch zu den Akten gelegt. Äußeres Zeichen: Im Lotze-Prozess verlangten die Ankläger neun Jahre Haft und kündigten umgehend Revision an als das Oberste Bayerische Landesgericht den Kronzeugen für zwölf Jahre in den Knast schickte. Später wollte man von der Revision nichts mehr wissen. Im Fall Susanne Albrecht forderte die Bundesanwaltschaft zwölf Jahre und bekam sie. Als schließlich das Oberlandesgericht Koblenz mit dem Sechseinhalb-Jahre-Urteil gegen Henning Beer das erste wirkliche Zeichen setzte, kündigten die Ankläger erneut Revision an. Diesmal, um die elf Jahre für Beer doch noch zu bekommen, die sie gefordert hatten. Daß Monika Helbing jetzt des mehrfachen Mordes und Mordversuchs angeklagt wird, obwohl sie im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung wohl nur als „Wohnungs-Tante“ fungierte, rundet das Bild ab.

Noch verheerender werden sich nach Überzeugung der BAW-Kritiker die Anklagen gegen sechs bereits zu langen oder lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilten Ex-RAF-Mitgliedern auswirken. Eine neue Zuspitzung, neue Solidarisierungen und eine neue (gewalttätige?) Runde der Auseinandersetzung sind damit vorprogrammiert. Juristisch unumgänglich war das wahrlich nicht. Schließlich verzichtete Karlsruhe schon mindestens einmal darauf, einen „Lebenslänglichen“ noch einmal anzuklagen, als neue Erkenntnisse dies möglich machten: Bei Günther Sonnenberg im Zusammen-

hang mit dem Buback-Mord. Und auch heute schweigt von Stahl — glücklicherweise — eisern, wenn es um durchaus handfeste Vorwürfe der Kronzeugen gegen Angelika Speitel im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung geht. Man muß davon ausgehen, daß den Generalbundesanwalt dabei mehr die Sorge um das Image des Bundespräsidenten umtreibt, als das Wohl der nach zwölf Jahren Haft von von Weizsäcker begnadigten RAF-Aussteigern.

Schließlich war es auch von Stahl, der Mitte Mai „aus heiterem Himmel“ (Lochte) eine vollkommen kontraproduktive Diskussion über die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen auslöste und anregte, die nach dem Hungerstreik von 1989 zusammengelegten Häftlinge wieder zu trennen. Aus Kassibern, die allerdings schon im März 1990 (!) gefunden worden waren, gehe eindeutig hervor, daß der Staatsschutz und die



Frühe „Dialogversuche“: Jean-Paul Sartre besuchte 1974 Andreas Bader in Stammheim.

Foto: ap

bar nach Anwaltsbesuchen hinter der Trennscheibe gefilzt. In einem Fall durchsuchten Staatsschutzbeamte anschließend auch Wohnung und Kanzlei des Anwalts der Gefangenen Adelheid Schulz — eine Aktion, die den Karlsruher Anklägern den direkten Zugriff auf Verteidigerunterlagen ermöglichte und die nicht zuletzt nur schwer mit dem Gesetz in Einklang zu bringen ist. Erstmals, brüteten sich danach führende Karlsruher Beamte, sei damit „die zeitliche und personenbezogene Eingrenzung des Unterstützerverwurfs“ gegen die Anwälte gelungen. Gemeint war insbesondere die Behauptung, Schulz habe eine Botschaft, die ihr Anwalt an die Trennscheibe hielt, abgeschrieben. Ein Vorwurf, den der Jurist gar nicht bestreitet

Maßnahmen gegen den fatalen Selbstlauf

Für die Vertreter der bis heute stets

1989, gescheiterten Dialogprojekts. Damit soll den Gefangenen in schriftlicher Form, oder auch durch zeitlich begrenzte Zusammenkünfte im Knast, die Möglichkeit der Diskussion untereinander gegeben werden. Auch die Artikulation nach außen, die Auseinandersetzung mit „der Öffentlichkeit“ soll zur Routine werden, beispielsweise über Zeitungsinterviews. Ziel dieser Überlegungen ist auch, die begonnene Zusammenlegung schrittweise weiterzuführen und nicht etwa bestehende Kleingruppen wieder aufzulösen. Als Vermittler sollen zunächst Persönlichkeiten aus dem „vorstaatlichen“ Raum, also Kirchenvertreter oder andere, von beiden Seiten akzeptierbare Personen eingeschaltet werden. Außerdem wird über Möglichkeiten zur Freilassung der am stärksten von der Haft gezeichneten Gefangenen diskutiert.

Die meisten dieser Vorschläge sind nicht neu. Aber sie liegen quer zur aktuellen öffentlichen Auseinandersetzung. Warum also sollte in absehbarer Zukunft gelingen, was bisher immer an den Betonfraktionen des Staatsschutzapparats oder den Mordanschlägen der RAF und ihren Rückwirkungen auf die öffentliche Debatte gescheitert ist? Die Hoffnung gründet sich auf Verschiebungen im politischen Kräftefeld. Seit dem letzten Hungerstreik der Gefangenen 1989 haben die WählerInnen zwei in diesem Zusammenhang wesentliche unionsgeführte Landesregierungen — in Hannover und Wiesbaden — in die Wüste geschickt und statt dessen Rot-Grün etabliert. In beiden Ländern sitzen RAF-Gefangene ein. Wenn, was nicht mehr ausgeschlossen werden kann, die Stuttgarter CDU-Landesregierung das Jahr 1992 nicht übersteht, sitzt nur noch in München eine Justizministerin fest im Sattel, die mit der bornierten „Der-Staat-darf-sich-nicht-erpressen-lassen“-Metaphorik auf Wählerstimmengang geht.

Hoffen auf die „ausgefuchste Sau“

Als besonders wichtig könnte sich der Amtswechsel im Bonner Justizministerium erweisen. Mit Klaus Kinkel hat dieses Amt ein Mann übernommen, den offensichtlich ein gesundes Profilierungsbedürfnis treibt und der die Konfrontation RAF-Staat so gut kennt, wie kaum ein anderer aktueller Spitzenpolitiker. Kinkel hegt mehr als versteckte Sympathien für die Linie der „Politfraktion“ im Staatsschutzapparat. Er war es, der letztlich durch sein Machtwort die „Auseinandersetzung“ der Kölner — inzwischen nach Bielfeld verlegten — Gefangenen-Gruppe „zum jetzigen Zeitpunkt“ verhinderte. Kinkel weist am deutlichsten von allen Spitzenpolitikern die immer aufs neue behauptete „Zellensteuerung“ einzelner RAF-Anschläge zurück. Das Verhältnis zwischen „drinnen und draußen“ umschreibt er vielmehr mit einem Begriff aus der Naturwissenschaft:

„Osiose“. Will heißen, trotz einer nur marginalen direkten Kommunikation sind gegenseitige Einflüsse zwischen den Gefangenen und aktiver RAFler auch ohne unmittelbaren Kontakt selbstverständlich und kaum zu unterbinden.

Dem FDP-Mann Kinkel, der während des Hungerstreiks 1989 noch als Staatssekretär zwischen den RAF-Gefangenen Helmut Pohl und Brigitte Mohlhaupt und den für eine Zusammenlegung zuständigen Justizministerien der Länder pendelte, wird auch in den Knästen ein Hauch von Hochachtung zuteil. In Gefangenen-Kassibern bewegt sich seine Charakterisierung zwischen „unideologischer Pragmatiker“ und „ausgefuchste Sau“ — rauh aber herzlich.

Nicht zuletzt verbindet den Justizminister ein guter Draht mit dem zweiten in Bonn direkt für die Auseinandersetzung mit der RAF zuständigen Mann: Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Auch ihm wird nachgesagt, daß er angesichts der anhaltenden Erfolglosigkeit seines Fahndungsapparats im Kampf gegen die RAF für „politische“ Vorschläge offenes Ohr hat. Ob er sich allerdings noch vor seinem angestrebten Wechsel an die Spitze der Bonner Unionsfraktion ausgerechnet aus diesem Fenster hängt, scheint eher unwahrscheinlich.

Noch hält es kein Spitzenpolitiker für opportun, öffentlich für politische Auswege aus der in vielerlei Hinsicht anachronistischen Auseinandersetzung mit den „weniger als zehn“ (Kinkel) Kommandomitgliedern der RAF, den zwei oder drei Dutzend Gefangenen und einem sich allmählich gegenüber dem Avantgarde-Anspruch der RAF emanzipierenden Umfeld einzutreten. Die Furcht, politisch zu stürzen, wenn mitten in eine solche Initiative ein neuer tödlicher Anschlag platzt, ist nach wie vor übermächtig. Bloßes Abwarten und Hoffen auf einen Fahndungserfolg machen neue Aktionen der RAF nur wahrscheinlicher.

Die RAF-Gefangenen haben sich während des letzten Hungerstreiks erstmals in ihrer Geschichte auf Politik im eher traditionellen Sinne des Wortes eingelassen. Auch die Kommandos draußen haben sich für einen begrenzten Zeitraum an diese Vorgabe gehalten. Getreu dem Motto: Solange geredet wird, wird nicht geschossen. Diese Phase fand mit der Bombe gegen Alfred Herrhausen ein abruptes Ende. Jetzt sagt Helmut Pohl, im Hungerstreik Sprecher der Inhaftierten: „Wir würden gern endlich wegkommen von dem ganzen kriminalistischen Mist wie ‚Stasi-RAF-Connection‘ oder Zellensteuerung und endlich zur Sache kommen können: Zur politischen Auseinandersetzung, zur Zusammenlegung und so zu einer Entwicklung, an deren Ende Freiheit für die politischen Gefangenen steht.“ Vielleicht ist es die letzte Chance zur Rückkehr in die Politik, nach einem politisch längst entschiedenen „Krieg“.



Klaus Kinkel: „RAF-Kenner“ im Justizministerium

Foto: Vario-Press

liberale Öffentlichkeit im Hungerstreik von 1989 mit dem verbalen Schmusekurs (wie er sich etwa in der Hungerstreikerklärung Helmut Pohls ausdrückte) nur geködert und hinters Licht geführt werden sollten. Zum Beleg der These wurden das Fernsehmagazin Panorama und andere Medien mit Kassiber-Zitaten ausgestattet, die beweisen sollten, daß ein Großteil der Gefangenen nach wie vor „hart drauf“ sei. Etwas anderes hatte allerdings auch kein Kundiger erwartet oder behauptet.

Komplettiert wird nach Auffassung der Kritiker das Sündenregister der Bundesanwaltschaft durch ihr aufgeregtes Agieren gegen Anwälte, die im Verdacht stehen, als Briefträger zwischen den Gefangenen, teilweise auch zur Kommandoebene der RAF zu dienen. Anfang Juli wurden eine Reihe von Gefangenen unmittel-

unterlegenen, „Politfraktion“ des Apparats ist klar, daß die merkwürdige Dynamik der öffentlichen Diskussion der letzten Monate auf Seiten der RAF, in den Knästen und bei den Unterstützern nur als zentral gesteuerte „Staatsschutzkampagne“ ankommen kann. Um den fatalen Selbstlauf zu stoppen, wird intern immer heftiger darauf gedrängt, ein Paket von „Entspannungsmaßnahmen“ zu schnüren, das auch von der Gegenseite als Kurswechsel und Abkehr von der bisherigen Linie erkannt werden könnte. Im Zentrum aller Überlegungen stehen die Gefangenen, die im übrigen beide konkurrierenden Staatsschutzfraktionen in einer Schlüsselfunktion sehen.

Zu dem Paket gehört an erster Stelle eine Neuauflage des nach dem Hungerstreik, endgültig aber erst nach dem Mord an dem Bankier Al-